

Stadt Bergisch Gladbach
Die Bürgermeisterin

Ausschussbetreuender Fachbereich 5 - Jugend und Soziales	Datum 20.02.2003
	Schriftführerin Telefon-Nr. Sabine Biesenbach 02202/142847 e-mail: s.biesenbach@stadt-gl.de

Niederschrift

Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- u. Sozialausschuss)	Sitzung am Dienstag, 18. Februar 2003
---	--

Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer 17:06 Uhr – 19:43 Uhr
--	--

Sitzungsteilnehmer Siehe beigelegtes Teilnehmerverzeichnis
--

Tagesordnungspunkt

Inhalt

Bereich Jugend

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Verpflichtung eines neuen Ausschussmitgliedes**
- 2. Genehmigung der Niederschrift vom 21.11.2002 im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-**
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung am 21.11.2002 im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-
56/2003**
- 4. Mitteilungen der Vorsitzenden im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-**
- 5. Mitteilungen der Bürgermeisterin für den Bereich Jugend -öffentlicher Teil-
58/2003**
- 6. Erfahrungen mit den neuen gesetzlichen Regelungen zum Schutz vor häuslicher**

Gewalt

73/2003

7. **Einrichtung eines Schulkinderhauses in der Gronauer Grundschule**
61/2003
8. **Übernahme der Trägerschaft über die katholischen Kindertagesstätten in Schildgen, Katterbach, Paffrath und Hand durch den Kirchengemeindeverband Bergisch Gladbach West**
62/2003
9. **Bericht zur Elternarbeit in den Spielgruppen**
97/2003
10. **Vorberatung des Teilhaushaltes 2003 sowie des Haushaltssicherungskonzeptes 2003 - 2007 für den FB 5 Jugend und Soziales**
Hier: Bereich Jugend
95/2003
11. **Anfragen der Ausschussmitglieder im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-**

Bereich Soziales

A Öffentlicher Teil

1. **Genehmigung der Niederschrift vom 21.11.2002 im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-**
2. **Bericht über die Durchführung von Beschlüssen aus der Sitzung am 21.11.2002 im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-**
57/2003
3. **Mitteilungen der Vorsitzenden im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-**
4. **Mitteilungen der Bürgermeisterin für den Bereich Soziales -öffentlicher Teil-**
59/2003
5. **Frauenhaus Bergisch Gladbach - Jahresbericht**
94/2003
6. **CityService-Bilanz 2002**
93/2003
7. **a) Satzung der Stadt Bergisch Gladbach über die Errichtung und Unterhaltung von städtischen Unterkünften sowie Gebühren-satzung für die Benutzung von städtischen Unterkünften**
b) Benutzungsordnung für städtische Unterkünfte
633/2002
8. **Vorberatung des Teilhaushaltes 2003 sowie des Haushaltssicherungskonzeptes 2003 – 2007 für den FB 5 Jugend und Soziales**
Hier: Bereich Soziales
96/2003
9. **Anfragen der Ausschussmitglieder im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-**

Bereich Jugend

A Öffentlicher Teil

Die Verwaltung legt auf den Plätzen der Ausschussmitglieder aus:

- eine ergänzende Vorlage zur Drucksachen-Nr. 95/2003 (Tagesordnungspunkt A 10 – J) und zur Drucksachen-Nr. 96/2003 (Tagesordnungspunkt A 8 – S),
- die Antwort der Verwaltung auf die Anfrage von Herrn Neuheuser bezüglich des Spiel- und Bolzplatzes in Neu-Frankenforst, die in der Mitteilungsvorlage mit der Drucksachen-Nr. 58/2003 angekündigt war,
- als Tischvorlage den zu jeder Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) erbetenen Bericht über die Personalsituation im Fachbereich 5 – *Jugend und Soziales*, der in der Mitteilungsvorlage mit der Drucksachen-Nr. 58/2003 angekündigt war,
- Reaktionen der CDU-Landtagsfraktion und des Landtagsabgeordneten Hans-Joachim Franke auf die Resolution, die der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) in seiner Sitzung am 21.11.2002 zum Entwurf des Landeshaushalts 2003 beschlossen hat.

1 **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Verpflichtung eines neuen Ausschussmitgliedes**

Frau Bendig eröffnet die 20. Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) in der 6. Ratsperiode um 17:06 Uhr. Sie begrüßt die Anwesenden, stellt fest, dass ordnungsgemäß eingeladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Sie begrüßt Herrn Pfarrer Ulrich Kern als neues beratendes Mitglied für die Kath. Kirche im Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) und verpflichtet ihn in feierlicher Form. Die Niederschrift über die Verpflichtung ist dem Original der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

Herr Hoffstadt stellt die folgenden Anträge zur Tagesordnung:

Die Tagesordnungspunkte A 10 – J und A 8 – S, die sich mit der Beratung des Teilhaushalts 2003 sowie dem Haushaltssicherungskonzept befassen, sollen für die Sitzung als Mitteilungsvorlagen betrachtet werden. Er meldet für die SPD-Fraktion weiteren Beratungsbedarf an.

Die Tagesordnungspunkte A 6 – J (Erfahrungen mit den neuen gesetzlichen Regelungen zum Schutz vor häuslicher Gewalt) und A 5 – S (Frauenhaus Bergisch Gladbach – Jahresbericht) bittet er wegen des thematischen Zusammenhangs im Bereich Jugend

gemeinsam abzuhandeln.

Die Ausschussmitglieder stimmen der vorgeschlagenen Verfahrensweise zu.

2 Genehmigung der Niederschrift vom 21.11.2002 im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-

Der Niederschrift der Sitzung vom 21.11.2002 wird in der vorliegenden Form genehmigt.

3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung am 21.11.2002 im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-

Herr Hastrich verweist auf die zusätzlichen Tischvorlagen. Es handelt sich um Reaktionen der CDU-Landtagsfraktion und des Landtagsabgeordneten Hans-Joachim Franke auf die Resolution, die der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) in seiner Sitzung am 21.11.2002 zum Entwurf des Landeshaushalts 2003 beschlossen hat. Die Schreiben sind der Niederschrift als Anlagen 2 und 3 beigelegt.

Der Durchführungsbericht wird zur Kenntnis genommen.

4 Mitteilungen der Vorsitzenden im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-

Es liegen keine Mitteilungen der Vorsitzenden vor.

5 Mitteilungen der Bürgermeisterin für den Bereich Jugend -öffentlicher Teil-

Herr Hastrich verweist auf die Tischvorlage zur Personalsituation im Fachbereich 5 – *Jugend und Soziales*.

Er berichtet, dass es bezüglich der Inanspruchnahme von Diensten gewerblicher Anbieter auf dem Feld der ambulanten Jugendhilfe am 30.01.2003 ein Gespräch zwischen Herrn Hölzl, Vorsitzender der AG 78, und der Verwaltung des Jugendamtes gegeben hat. Zudem wurde der Sachverhalt in der Sitzung der AG 78 am 03.02.2003 erörtert. Der Meinungsaustausch wird fortgesetzt.

Herr Hastrich teilt mit, dass zum Jahresbeginn die gemeinsame Adoptionsvermittlungsstelle der Stadt Bergisch Gladbach und des Rheinisch-Bergischen Kreises ihre Arbeit aufgenommen hat. Zwischenzeitlich hat das Landesjugendamt die gemeinsame Einrichtung als gute Lösung anerkannt und empfiehlt sie anderen Kommunen als Modell.

Herr Hoffmann nimmt ab 17:13 Uhr an der Sitzung teil.

Herr Hastrich gibt bekannt, dass für den 03.06.2003 eine gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport und des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) zum Thema *Auswirkungen der PISA-Studie* beabsichtigt ist. Danach wird der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) allein weiter beraten. Er bittet die Ausschussmitglieder den Termin vorzu-

merken. Dafür entfällt voraussichtlich die für den 13.05.2003 vorgesehene Sitzung.

Herr Neuheuser bezieht sich auf Punkt 5 der Mitteilungsvorlage. Für die Planungsgruppe *Jugendverbandsarbeit* dankt er den Firmen, die sich daran beteiligt haben, die Juleica (Jugendleiter/in-Card) attraktiver zu machen. Er teilt mit, dass für den 18.03.2003 eine Veranstaltung geplant ist, mit der den Firmen für ihr Engagement gedankt werden soll.

Die Antwort der Verwaltung auf die Anfrage von Herrn Neuheuser bezüglich des Spiel- und Bolzplatzes in Neu-Frankenforst, die in der Mitteilungsvorlage mit der Drucksachen-Nr. 58/2003 angekündigt war, ist dieser Niederschrift als Anlage 4 beigefügt.

Frau Münzer erbittet ausführlichere Informationen zur Tischvorlage *Personalsituation im Fachbereich 5 – Jugend und Soziales*.

Herr Hastrich führt aus, dass es sich bei der Stelle 500/Sachgebietsleitung um eine Gruppenleiterstelle im Bereich Hilfe zum Lebensunterhalt handelt. Sie war zur Hälfte durch die Freistellung des bisherigen Stelleninhabers für Personalarbeitsaufgaben vakant geworden. Die Vakanz der anderen Hälfte ergab sich durch die Neuordnung von Aufgabenbereichen im Zusammenhang mit der Einführung des Grundsicherungsgesetzes. Die Stelle 501/Seniorenbüro ist seit ca. 1 ¼ Jahren unter dem Gesichtspunkt der Personalkosteneinsparung nicht besetzt. Die Wiederbesetzung ist beabsichtigt.

Im Bereich 502/Aussiedlerhilfe besteht ebenfalls seit ca. einem Jahr eine Vakanz. Nachdem auch eine zweite interne Ausschreibung nicht zur Wiederbesetzung führt, wird die Zusammenlegung dieses Aufgabenbereichs mit anderen Aufgaben des Produktbereichs 500/Hilfen in Notlagen geprüft.

Die intern auszuschreibende Stelle 510/Fachberatung Jugendarbeit wird am 01.03.2003 vakant, wenn der Stelleninhaber in das Aufgabengebiet 511/Abteilungsleitung wechselt. Der bisherige Abteilungsleiter ist zum 01.02.2003 in den Ruhestand getreten.

Eine zweite interne Ausschreibung führte im Bereich 511/Jugendgerichthilfe nicht zur Wiederbesetzung. Es wird geprüft, ob die Aufgabenerledigung durch Umstrukturierung innerhalb des Produktbereichs erreicht werden kann.

Die Tischvorlage ist der Niederschrift als Anlage 5 beigefügt.

Zu Punkt 1 regt Herr Hoffstadt an, neben dem Versuch, ein neues Gebäude für die Unterbringung eines Kinderhauses zu errichten, auch nach geeigneten vorhandenen Immobilien zu suchen. Alternativ sei auch denkbar, mit dem *Kinder- und Jugenddorf Bethanien* bezüglich freier Kapazitäten Kontakt aufzunehmen.

Herr Hastrich antwortet, dass die Verwaltung des Jugendamtes sich seit Jahren vergeblich bemüht, ein für diesen Zweck geeignetes bestehendes Objekt zu finden.

6 Erfahrungen mit den neuen gesetzlichen Regelungen zum Schutz vor häuslicher Gewalt

Frau Bendig weist darauf hin, dass unter diesem Tagesordnungspunkt auch Tagesordnungspunkt A 5 – S behandelt wird.

Sie begrüßt **Frau Gehlen** vom Frauenhaus Bergisch Gladbach, den Opferschutzbeauftragten der Kreispolizeibehörde, **Herrn Danger**, und **Herrn Becker**, Richter am Amtsgericht Bergisch Gladbach. Die Referenten berichten jeweils aus ihrer Sicht über die Erfahrungen mit dem seit 01.01.2002 gültigen Gewaltschutzgesetz und der gleichzeitig in Kraft getretenen Ergänzung des Polizeigesetzes um den § 34a PolG NW.

Frau Gehlen berichtet, dass das Frauenhaus die Beratung von Opfern häuslicher Gewalt zusätzlich zu seinen originären Aufgaben übernommen hat. Sie schildert die Nöte der Hilfe suchenden Frauen und ihrer Kinder. Besonders das Verhalten der Polizei ist wichtig, damit den Opfern häuslicher Gewalt in geeigneter und umfassender Weise vermittelt wird, welche Hilfs- und Beratungsmöglichkeiten es für sie gibt. Sie lobt die Zusammenarbeit mit dem Opferschutzbeauftragten der Kreispolizeibehörde. Im Interesse der Opfer seien Schulungsmaßnahmen für die Kräfte des Wach- und Wechseldienstes der Polizei erforderlich, um sie für ein adäquates Verhalten weiter zu sensibilisieren.

Herr Danger berichtet aus Sicht der Kreispolizeibehörde, dass es sich bei häuslicher Gewalt um ein demographisch gleich verteiltes Problem handelt. Er weist darauf hin, dass sich das Gewaltschutzgesetz an Geschädigte häuslicher Gewalt handelt, also auch an Männer, die unter den Opfern ca. 10 % ausmachen. Herr Danger zeigt den Ablauf einer Maßnahme nach dem Gewaltschutzgesetz auf, die auf Opferschutz und Opferhilfe zielt. Die Dokumentation des PowerPoint-Vortrags von Herrn Danger ist der Niederschrift als Anlage 6 beigelegt.

Frau Gehlen und Herr Danger stimmen darin überein, dass polizeiliche Maßnahmen in Verbindung mit unmittelbarer Beratung vor Ort und unter Hinweis auf Hilfsangebote die Wirksamkeit des Gesetzes in der Praxis ausmachen. Die gute Zusammenarbeit muss im Sinne der Opfer weiter optimiert werden.

Die Öffentlichkeitsarbeit muss verstärkt werden, um sowohl den Opfern als auch der Umwelt klar zu machen, dass häusliche Gewalt keine Privatsache, sondern ein Straftatbestand ist.

Herr Becker teilt mit, dass im Bereich des Amtsgerichtes Bergisch Gladbach bisher kaum Anträge von Opfern zu verzeichnen waren, die sich auf das neue Gewaltschutzgesetz stützen. Er führt aus, dass das Gericht nicht von Amts wegen, sondern nur auf Antrag des Opfers tätig wird. Er vermutet, dass die polizeilichen Möglichkeiten, die das Gewaltschutzgesetz eröffnet, für die Täter offenbar abschreckend genug sind, um ausreichenden Opferschutz zu gewährleisten.

Ausschussmitglieder stellen Fragen nach Hilfsangeboten für Täter und dem Aufbau eines Netzwerkes von Spezialisten, auf das die Polizei bei ihrer schwierigen Arbeit in diesem Bereich zugreifen könnte.

Herr Danger antwortet, dass es im Rheinisch-Bergischen Kreis noch keine zentrale Beratungsstelle gibt, die Tätertherapien anbietet oder vermittelt. Er nennt die Institution *Mann-o-Mann* in Bonn, die auf diesem Feld tätig ist.

Herr Zenz weist auf den *Runden Tisch gegen häusliche Gewalt* hin, der zum Zwecke des Erfahrungsaustauschs und zur Netzwerkbildung eingerichtet wurde und seine Arbeit aufgenommen hat. Er berichtet weiterhin, dass die Polizei das Jugendamt ver-

ständig, wenn Kinder von häuslicher Gewalt mitbetroffen sind. Das Jugendamt hat dann die Möglichkeit, von sich aus Hilfsangebote zu unterbreiten.

Herr Hastrich sagt zu, seitens des Jugendamtes auch weiterhin kooperierend tätig zu bleiben. Hilfsangebote für Täter zu unterbreiten, soll in künftige Überlegungen einbezogen werden.

Frau Bendig dankt den Referenten für ihre Beiträge.

Als Anlage 7 sind dieser Niederschrift der Abdruck einer Broschüre des Landeskriminalamtes NRW zum Thema *Häusliche Gewalt* sowie eine Liste über *Beratungsangebote für Opfer und Betroffene häuslicher Gewalt im Rheinisch-Bergischen Kreis* beigefügt.

7 Einrichtung eines Schulkinderhauses in der Gronauer Grundschule

Herr Eßer nimmt wegen Befangenheit an der Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil. Er verlässt die Sitzungsrunde.

Herr Schnöring bezieht sich auf die Verlagerung der Hortgruppe im „Q1“ aus dem Gladbacher Zentrum nach Gronau. Er fragt nach, ob die Kinder, die im „Q1“ betreut wurden, mit nach Gronau gehen und bittet die Konsequenzen für das Personal darzulegen.

Weiterhin fragt Herr Schnöring nach dem Sachstand bezüglich des Angebots an Offenen Ganztagschulen.

Herr Hastrich bestätigt, dass sich künftig die Versorgung in der Innenstadt verschlechtern wird. Das Personal wird am neuen Standort beschäftigt.

Bezüglich des Nachfrageverhaltens erläutert Herr Eßer auf Anfrage, dass die Nachfrage nach Nachmittagsbetreuung künftig von der Grundschule Am Broich abgedeckt wird und damit die Nachfrage nach Hortgruppenplätzen im „Q 1“ nicht mehr gegeben ist.

Bezüglich der Thematik *Offene Ganztagschule* verweist Herr Hastrich auf die beabsichtigte gemeinsame Ausschusssitzung am 03.06.2003, in der ein entsprechendes Konzept vorgelegt wird.

Frau Schöttler-Fuchs fragt nach, ob es dabei bleibt, dass für das Neubaugebiet im Bereich der ehemaligen Hermann-Löns-Kaserne keine Kindertageseinrichtung geplant ist und wird. Sie weist darauf hin, dass es im Wohnbereich von Hand und Gronau Engpässe in der Versorgung geben könnte.

Herr Hastrich antwortet, dass durch die Einrichtung des Schulkinderhauses in Gronau zusätzliche Plätze in Kindertageseinrichtungen geschaffen werden. Weiterhin berichtet Herr Hastrich von Bemühungen eines privatwirtschaftlichen Trägers, im Hermann-Löns-Viertel auf eigenem Grundstück ein Objekt zu errichten.

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) fasst einstimmig ohne Enthaltung folgenden

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) stimmt der Einrichtung eines Schulkinderhauses – bestehend aus zwei Hortgruppen, einer Schülertreff-Gruppe und der Hausaufgabenhilfe – in der Grundschule in Gronau, Mülheimer Straße 254, in Trägerschaft der Arbeiterwohlfahrt zu. Die Betriebskosten werden richtliniengemäß gefördert.

2. Die Stadt Bergisch Gladbach gewährt der Arbeiterwohlfahrt einen Zuschuss für die Erstaussstattung des Schulkinderhauses sowie für die ergänzende Ausstattung der beiden Gruppen, die Hortplätze abgeben und Kindergartenplätze neu einrichten, in Höhe von 19.971 €

Herr Eßer kehrt in die Sitzungsrunde zurück.

8 Übernahme der Trägerschaft über die katholischen Kindertagesstätten in Schildgen, Katterbach, Paffrath und Hand durch den Kirchengemeindeverband Bergisch Gladbach West

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) fasst einstimmig ohne Enthaltung folgenden

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) stimmt der Übernahme der Trägerschaft über

- die Kindertagesstätte Herz Jesu in Schildgen, Altenberger-Dom-Straße 136,
 - die Kindertagesstätte Herz Jesu in Katterbach, Im Scheurenfeld 8,
 - die Kindertagesstätte St. Konrad in Hand, St.-Konrad-Straße 14, und
 - die Kindertagesstätte St. Clemens in Paffrath, Pannenberg 25,
- durch den Kirchengemeindeverband Bergisch Gladbach-West rückwirkend zum 01.01.2003 zu.**

9 Bericht zur Elternarbeit in den Spielgruppen

Frau Schöttler-Fuchs dankt für die ausführliche Information. Sie bittet zu überlegen, ob das Jugendamt gemeinsam mit den Spielgruppenleiterinnen ein Konzept für eine noch fundiertere Elternarbeit erarbeiten kann. Sie schlägt vor, auch Themen wie *Häusliche Gewalt* zu behandeln.

Herr Hastrich antwortet, bestätigt durch Frau Münzer, dass es zunächst den Trägern obliegt, sich zur Arbeit in ihren jeweiligen Spielgruppen konzeptionelle Gedanken zu machen. Das Jugendamt kann entsprechende Anregungen an die Träger geben. Es informiert die Leiterinnen bereits heute über Fortbildungsangebote.

Frau Schöttler-Fuchs hält es für wünschenswert, insbesondere junge Eltern an die Wahrnehmung ihres Erziehungsauftrags zu erinnern und weiterführende Hinweise zu geben, wenn sich Hilfebedarf offenbart. Sie hält es für eine Chance, die Präsenz der Eltern in den Spielgruppen für diesbezügliche Gespräche zu nutzen. Es sei zu beobachten, dass die Präsenz der Eltern in der Einrichtung bereits mit dem Übergang des

Kindes in den Kindergarten abnimmt.

10 Vorberatung des Teilhaushaltes 2003 sowie des Haushaltssicherungskonzeptes 2003 - 2007 für den FB 5 Jugend und Soziales
Hier: Bereich Jugend

Frau Bendig weist darauf hin, dass die vorgelegte Beschlussvorlage absprachegemäß als Mitteilungsvorlage zu behandeln ist.

Herr Kotulla führt aus, dass bei Einbringung des Haushalts 2003 ein Fehlbetrag von 21 Mio. € bestanden hat, der sich zwischenzeitlich um 4 Mio. € auf 25 Mio. € erhöht hat. Ein struktureller Haushaltsausgleich ist im Jahre 2003 nicht mehr möglich. Dies führt zur Verpflichtung, in einem Haushaltssicherungskonzept aufzuzeigen, wie bis 2007 ein struktureller Ausgleich zu erzielen ist. Dieses Ziel ist jedoch nur zu erreichen, wenn jede einzelne Leistung kritisch hinterfragt und erhebliche Sparpotenziale ausgenutzt werden.

Bezogen auf den Fachbereich 5 – *Jugend und Soziales* stellt Herr Kotulla dar, dass bis zum Jahr 2007 rd. 3 Mio. € an Einsparungen erbracht werden müssen. Hierüber liegt ein Eckdatenpapier vor, das Einsparpotenziale aufzeigt. Presseberichte, nach denen der Fachbereich 5 – *Jugend und Soziales* über Gebühr belastet würde, sind unzutreffend. Allerdings kann der Fachbereich auch nicht von Konsolidierungsmaßnahmen verschont bleiben. Die Hinwendung zu Formen von Fallmanagement verbunden mit Standardabsenkungen in verschiedenen Bereichen eröffnet Einsparmöglichkeiten, mit denen vermieden werden soll, Platzzahlen und Angebotsvielfalt in der Kinderbetreuung reduzieren zu müssen.

Sollte der Haushaltsausgleich bis zum Jahr 2007 durch erhebliche Anstrengungen erreicht werden, sind in den kommenden fünf Jahren aufgelaufene Fehlbeträge in Höhe von insgesamt 45 Mio. € auszugleichen.

Herr Kotulla verweist darauf, dass spätestens die Kommunalaufsicht freiwillige Aufgaben streichen würde, falls die Stadt sich weigert, von sich aus auch in sensiblen Bereichen wie dem Fachbereich 5 – *Jugend und Soziales* Konsolidierungsmaßnahmen vorzuschlagen.

Herr Neuheuser kritisiert das Vorgehen zur Aufstellung des Haushaltssicherungskonzeptes. Er erinnert daran, dass bei vorzunehmenden Kürzungen die Meinung der freien Träger einbezogen werden sollte. Für den Bereich

der Jugendverbandsarbeit führt Herr Neuheuser aus, dass dieser Bereich eine Ansatzkürzung von 45 % in drei Jahren hinnehmen soll, ohne dass in der Planungsgruppe *Jugendverbandsarbeit* hierüber miteinander gesprochen wurde. Er konkretisiert, dass im Vorjahr lediglich 40 Cent pro Teilnehmer und Tag für Freizeitmaßnahmen gezahlt wurden. Weitere Kürzungen sind geplant. Es sei zu befürchten, dass sich diese Kürzungen auch auf pädagogische Wochenenden, Stadtranderholungsmaßnahmen und Bildungsmaßnahmen erstrecken werden.

Dem widerspricht Herr Hastrich. Lediglich Zuschüsse für Freizeitmaßnahmen und Jugendpflegematerialien werden zur Streichung vorgeschlagen. Dort, wo soziale Bedürftigkeit der Teilnahme von Kindern und Jugendlichen an Freizeiten entgegensteht, sind finanzielle Lösungen anzubieten (Abkehr vom „Gießkannenprinzip“). Dagegen ist vorgesehen, die Zuschüsse für pädagogische Wochenenden und Stadtrand-

erholungsmaßnahmen weiterhin in voller Höhe im Haushalt zu belassen.

Seitens der Fraktion KIDitiative kritisiert Herr Neuheuser, dass Ausgaben für die Arbeit junger Ehrenamtler um 50 % gekürzt werden sollen.

Frau Wöber-Servaes stimmt Herrn Neuheuser diesbezüglich zu und kündigt an, dass die CDU-Fraktion die beabsichtigten Kürzungen für ehrenamtliche Arbeit nicht mittragen wird. Sie regt an innerhalb der Verbände zu überlegen, ob eine veränderte Mittelverteilung gefunden werden kann (Abkehr vom „Gießkannenprinzip“).

Herr Schnöring bittet vor den Beratungen über den Haushalt ein Votum der Jugend- und Wohlfahrtsverbände zu den beabsichtigten Konsolidierungsmaßnahmen einzuholen und diese in die Haushaltsberatungen der nächsten Sitzung einfließen zu lassen.

Herr Hoffstadt betont die Absicht der SPD-Fraktion, im Haushalt und Haushaltssicherungskonzept Prioritäten zu setzen. Den Umgang mit der nachfolgenden Generation hält er für die zentrale Zukunftsfrage. Er kündigt für die SPD-Fraktion an, managementbedingte Einsparungen mittragen zu wollen.

Herr Hastrich erläutert, dass im Fachbereich 5 – *Jugend und Soziales* Einsparpotenziale unter der Prämisse untersucht wurden, dass an keiner Stelle soziale Angebote gefährdet werden. Die vorgelegten Kürzungsvorschläge sind Sparmaßnahmen, die die sozialen Belange der Bürgerinnen und Bürger berücksichtigen. Einsparungen wurden ausgewogen über alle Zielgruppen verteilt vorgesehen. In der Regel steht die Stadt bezüglich möglicher Änderungen in ihrer Mittelverteilung in ständiger Kommunikation mit den freien Trägern, um konsensfähige Lösungen zu erreichen. Sollte die Jugendverbandsarbeit sich nicht angemessen berücksichtigt fühlen, bedauert er dies. Er sagt zu, dies zu prüfen.

Die Ergänzung zur Drucksachen-Nr. 95/2003 (Tagesordnungspunkt A 10 – J) und zur Drucksachen-Nr. 96/2003 (Tagesordnungspunkt A 8 – S) ist dieser Niederschrift als Anlage 8 beigelegt.

11 Anfragen der Ausschussmitglieder im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-

Frau Schöttler-Fuchs fragt, ob es Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) in kleinen Gruppen ermöglicht werden kann, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Fachbereichs 5 – *Jugend und Soziales* kennen zu lernen und sich über verschiedene Aufgabenfelder des Fachbereichs zu informieren.

Herr Hastrich sagt zu, sich darüber Gedanken zu machen, wie der Anregung nachgekommen werden kann, ohne die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der angespannten personellen Situation zusätzlich zu belasten. Zudem ist vorab das Interesse der Ausschussmitglieder an Veranstaltungen zu ermitteln.

Frau Bendig schließt den öffentlichen Teil der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) – Bereich Jugend um 19.15 Uhr.

Herr Hoffmann und Herr Pfarrer Kern verlassen die Sitzung um 19:15 Uhr.

Aufgrund der anwesenden Besucher beschließt der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) im Anschluss an die Beratung des öffentlichen Teils des Bereichs Jugend unmittelbar den öffentlichen Teil des Bereichs Soziales zu beraten.

Bereich Soziales

A Öffentlicher Teil

1 Genehmigung der Niederschrift vom 21.11.2002 im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-

Aufgrund der anwesenden Besucher beschließt der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) im Anschluss an die Beratung des öffentlichen Teils des Bereichs Jugend unmittelbar den öffentlichen Teil des Bereichs Soziales zu beraten.

Frau Bendig eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) – Bereich Soziales um 19:15 Uhr.

Die Niederschrift der Sitzung vom 29.11.2002 wird in der vorliegenden Form genehmigt.

2 Bericht über die Durchführung von Beschlüssen aus der Sitzung am 21.11.2002 im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-

Der Durchführungsbericht wird zur Kenntnis genommen.

3 Mitteilungen der Vorsitzenden im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-

Mitteilungen der Vorsitzenden liegen nicht vor.

4 Mitteilungen der Bürgermeisterin für den Bereich Soziales -öffentlicher Teil-

Die Mitteilungsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

5 Frauenhaus Bergisch Gladbach - Jahresbericht

Dieser Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam mit Tagesordnungspunkt A 6 – J im Bereich Jugend behandelt.

6 CityService-Bilanz 2002

Herr Hoffstadt lobt den ausführlichen Bericht, der aufzeigt, dass seitens der Verwaltung alles getan wird, um Bürgerinnen und Bürger aus dem Bezug von Hilfe zum Lebensunterhalt heraus zu führen. Er regt an, dies in einer Pressemitteilung zu formulieren.

Herr Hoffstadt fragt nach, wie viele städtische Mitarbeiter mit dem Projekt *CityService* befasst sind.

Frau Ibe verlässt die Sitzung um 19:18 Uhr.

Herr Hastrich antwortet, dass zwei Mitarbeiter mit insgesamt einer Vollzeitstelle mit der Steuerung und Abrechnung des Projekts befasst sind. Drei Mitarbeiter sind anleitend tätig. Die Finanzierung ihrer Personalkosten erfolgt über den städtischen Etat.

Frau Wöber-Servaes drückt ebenfalls ihr Bedauern darüber aus, dass die Sitzungen des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) offenbar kein Presseinteresse auslöst.

Weiterhin weist sie anerkennend darauf hin, dass die gemeinnützig tätigen Kräfte auch unangenehme Arbeiten erledigen.

Frau Münzer stellt heraus, dass im Projekt *CityService* auch Asylbewerber beschäftigt werden können, denen ansonsten die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit nicht gestattet ist. Sie fragt nach, ob es für die Anzahl der beschäftigten Hilfeempfänger eine Höchstgrenze gibt.

Herr Hastrich führt aus, dass die Verwaltung versucht, jede/n Arbeitsfähige/n im Bereich des *CityService* zu beschäftigen. Voraussetzung ist lediglich eine gesicherte Aufenthaltsperspektive. Zu beachten ist, dass es sich um gemeinnützige Beschäftigungen handelt und erst über die Kontinuität der Beschäftigung eine stabilisierende Funktion auf die Beschäftigten erreicht wird.

Herr Hastrich berichtet, dass Wohnungen von Sozialhilfeempfängern ebenfalls durch den *CityService* renoviert werden; die Renovierung mithin als Sachleistung seitens der Stadt erbracht wird. Dies führt einerseits zur Beschäftigung von Hilfeempfängern durch den *CityService* und weiterhin zu erwünschten Einspareffekten im städtischen Haushalt.

7 **a) Satzung der Stadt Bergisch Gladbach über die Errichtung und Unterhaltung von städtischen Unterkünften sowie Gebührensatzung für die Benutzung von städtischen Unterkünften**
b) Benutzungsordnung für städtische Unterkünfte

Herr Schnöring fragt nach, warum vom bisherigen Prinzip der differenzierten Benutzungsgebühren für verschiedene Unterkünfte zugunsten einer für alle Unterkünfte gleichen Miete abgewichen werden soll. Er fragt nach, ob die Qualität aller Unterkünfte den neuen Satz von 6 €/qm rechtfertigt.

Herr Hastrich bestätigt Qualitätsunterschiede zwischen den Einrichtungen. Die bisherigen differenzierten Benutzungsgebühren resultierten jedoch nicht aus der unterschiedlichen Wohnqualität der Unterkunft, sondern waren z.B. auf unterschiedlich hohe zweckgebundene Landesmittel zurück zu führen.

Die Ausgliederung der Unterkünfte aus dem Fachbereich 5 – *Jugend und Soziales* in den Liegenschaftsbetrieb als einem Eigenbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach erlaubt nun eine betriebswirtschaftliche Bewertung, die zur Errechnung einer Kostenmiete führte. Soziale Betreuungskosten werden weiterhin aus dem Fachbereich 5 – *Jugend und Soziales* finanziert.

Die Belegung der Unterkünfte erfolgt zu 85 % durch EmpfängerInnen von Hilfe zum Lebensunterhalt bzw. Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Lediglich max. 15 % der Beleger sind Selbstzahler, die auch aus Gründen des Anreizes in den qualitativ besten Wohnungen untergebracht werden. Um diese Selbstzahler nicht mit höheren Mieten belasten zu müssen und damit möglicherweise wieder in den Sozialhilfebezug zu bringen, erfolgt durch die einheitliche Kostenmiete de facto eine Subventionierung dieser Personengruppe.

Frau Münzer fragt, warum ein Gebäude am Buchenkampsweg seit längerer Zeit leer steht.

Herr Hastrich antwortet, dass für alle städtischen Unterkünfte derzeit ein Sanierungskonzept zwischen den Fachbereichen 8 – *Grundstückswirtschaft, Wirtschaftsförderung*, 6 – *Planen und Bauen* und 5 – *Jugend und Soziales* abgestimmt wird. Er bietet an, das Konzept in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) zur Kenntnis zu geben.

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) fasst einstimmig unter Enthaltung der CDU-Fraktion folgenden

Beschluss:

- a) **Die Satzung der Stadt Bergisch Gladbach über die Errichtung und Unterhaltung von städtischen Unterkünften sowie die Gebührensatzung für die Benutzung von städt. Unterkünften wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.**
- b) **die Benutzungsordnung für die städtischen Unterkünfte wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.**

8 Vorberatung des Teilhaushaltes 2003 sowie des Haushaltssicherungskonzeptes 2003 – 2007 für den FB 5 Jugend und Soziales

Hier: Bereich Soziales

Dieser Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam mit Tagesordnungspunkt A 10 – J im Bereich Jugend behandelt.

9 Anfragen der Ausschussmitglieder im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-

Herr Schnöring berichtet, dass in Leverkusen ein auf Vernetzung in der Altenhilfe zielendes Modellprojekt gestartet wurde. Er bittet darum, in einer der nächsten Sitzungen des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) das Modell vorgestellt zu bekommen und einen Erfahrungsbericht zu erhalten.

Frau Bendig schließt den öffentlichen Teil der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) – Bereich Soziales um 19:37 Uhr.

Kristel Bendig

Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses
(Jugendhilfe- und Sozialausschuss)

Sabine Biesenbach

Schriftführerin